

Gut gebrüllt, Löwe

Sicherheitspaket der Bundesregierung entpuppt sich als Streichholzschachtel

Von Heiko Teggatz, stellvertretender DPolG-Bundesvorsitzender

Kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg präsentierte die Bundesregierung ein umfangreiches Sicherheitspaket. Nach den Anschlägen von Mannheim und Solingen sollte Deutschland sicherer werden. Eine Verschärfung des Waffenrechts sowie zahlreiche Änderungen im Aufenthalts- und Asylgesetz sollten Messerangriffe verhindern und die illegale Migration nach Deutschland eindämmen.

Konkret ging es um die dauerhafte Einrichtung von Waffenverbotszonen im öffentlichen Personennahverkehr und den Bahnhöfen. Asylbewerber, die bereits in einem anderen EU-Staat registriert sind oder über einen anderen EU-Staat nach Deutschland einreisen, sollten keine Leistungen mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. Auch die Bundespolizei sollte weitreichendere Kompetenzen im Aufenthaltsgesetz bekommen, damit der Bund spürbar die Länder und Kommunen bei schnelleren Rückführungen wirksamer unterstützen kann. Selbst die Grünen haben sich zu diesem Zeitpunkt mit gewohnter Kritik zurückgehalten. Im Gegenteil. Drei Bundesländer unter grüner Regierungsbeteiligung, nämlich Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, starteten sogar eine Bundesratsinitiative, die die Bundesregierung aufforderte, all diese Dinge nun endlich in entsprechende Gesetze umzusetzen.

Was ist aus diesem „Sicherheitspaket“ geworden?

Der Entwurf eines neuen Waffengesetzes ist zu einem Bürokratiemonster verkommen, in dem Dinge verboten werden sollen, die eh schon verboten sind. Die Liste der Ausnahmen von Verboten ist länger als die Verbote selbst. In der Praxis jedenfalls wäre ein solcher Gesetzesentwurf kaum noch anwendbar.

Bei den beabsichtigten Leistungsstreichungen für Asylbewerber wurde der Kreis derer, die es treffen würde, auf eine Handvoll reduziert. Nach dem vorgelegten Gesetzesentwurf sollten nur bei denjenigen, die sich bereits in einem anderen EU-Staat in einem Asylverfahren befinden und sich die jeweiligen Länder bereiterklärt haben, diese Menschen wieder zurückzunehmen, die Leistungen gekürzt werden. Da Italien seit Jahren die Rückübernahme verweigert und nach Griechenland nicht zurückgeführt wird, sprechen wir nur noch von „einer Handvoll“ Fällen.

Schlussendlich hat der Bundesrat die Zustimmung zum Sicherheitspaket der Bundesregierung verweigert. Wir stehen also wieder am



© Windmüller

Anfang der Debatte. Dabei könnte alles so einfach sein. Unser nördliches Nachbarland Dänemark macht es uns vor.

Nachdem die sozialdemokratische Regierung in Dänemark im Jahr 2017 eine grundlegende Asylreform durchgeführt hat, scheint Dänemark für illegale Migration nicht mehr interessant zu sein. Kombiniert mit der Einführung von Grenzkontrollen an der deutschen Grenze ist es den Dänen gelungen, die illegale Migration auf ein Minimum zu reduzieren. Gleichzeitig fördert Dänemark die legale Migration in den dänischen Arbeitsmarkt und gewinnt dadurch tatsächliche Fachkräfte, die man auch als solche bezeichnen kann. Warum ein solches Modell nicht auch in Deutschland Einzug halten kann, werden wir wohl nie erfahren.